**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/3997**

**16. Wahlperiode** 03. 01. 2007

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/587 –**

## Gleiche Besoldung für alle Soldaten

### A. Problem

Die Bundesregierung soll die Ost-West-Besoldungsdifferenz bei den Angehörigen der Bundeswehr unverzüglich beenden und diese ausschließlich nach der heute nur noch für die westlichen Bundesländer gültigen Besoldungsordnung besolden.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/587 abzulehnen.

Berlin, den 29. November 2006

**Der Verteidigungsausschuss**

**Ulrike Merten**
Vorsitzende

**Ulrich Adam**
Berichterstatter

**Petra Heß**
Berichterstatterin

**Birgit Homburger**
Berichterstatterin

**Inge Höger**
Berichterstatterin

**Winfried Nachtwei**
Berichterstatter

# Bericht der Abgeordneten Ulrich Adam, Petra Heß, Birgit Homburger, Inge Höger und Winfried Nachtwei

## I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 16/587 in seiner 43. Sitzung am 29. Juni 2006 beraten und an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

## II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/587 in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/587 in seiner 31. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

## III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/587 in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** macht deutlich, dass das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 vom 10. September 2003 die stufenweise Angleichung der Besoldung, nicht nur für die Bundeswehr, vorsehe. Für die Besoldungsgruppen bis A9 sei eine Angleichung des Bemessungssatzes auf 100 Prozent bis Ende 2007 vorgesehen. Bis Ende 2009 werde die Anhebung der übrigen Besoldungsgruppen realisiert.

Seitens der **Fraktion der SPD** wird deutlich gemacht, dass eine Angleichung der Besoldung zum jetzigen Zeitpunkt den Ländern und Kommunen nicht zumutbar sei. Hier sei Solidarität zwischen Bund und Ländern gefordert. Mit dem Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz vom 10. September 2003, das die stufenweise Angleichung der Besoldung für die Bundeswehr und Bundesbeamte vorsehe, seien auch die Länder in der Lage, für ihren Bereich eine stufenweise Anpassung der Besoldung vorzunehmen.

Die **Fraktion der FDP** ist der Auffassung, dass die Ost-West-Besoldungsdifferenz bei den Angehörigen der Bundeswehr seit Jahren durch nichts mehr gerechtfertigt sei und die Ungleichbehandlung unverzüglich beendet werden müsse. Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Bundeswehr wesentliche Integrationsarbeit in den vergangenen Jahren geleistet habe, dürfe es in der Besoldung keine Unterschiede mehr geben.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass sie sich generell für die Gleichbehandlung von Angestellten und sonstigen Berufsgruppen in Ost und West einsetze. Eine Ost-West-Besoldungsdifferenz lehne man auch dann konsequenterweise ab, wenn die sicherheitspolitische Begründung des Antrages der Fraktion der FDP nicht mit der eigenen Auffassung kompatibel sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** befürwortet eine schnellstmögliche Angleichung der Besoldung in Ost und West für alle Bundesbediensteten. Die vorherige Rot-Grüne Bundesregierung habe eine Reihe von Sonderregelungen für die Bundeswehr eingeführt, wonach der größte Teil der Soldaten gleich besoldet und ein Ende der ungleichen Besoldung absehbar sei. Eine generelle Sonderregelung für die Bundeswehr sei jedoch nicht vermittelbar. Vordringlich angegangen werden müsse von der Regierung im Übrigen die Erhöhung des Wehrsoldes.

Berlin, den 15. Dezember 2006

**Ulrich Adam**
Berichterstatter

**Petra Heß**
Berichterstatterin

**Birgit Homburger**
Berichterstatterin

**Inge Höger**
Berichterstatterin

**Winfried Nachtwei**
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333